

TELEKOMMUNIKATION

E-Plus nach Berlin?

Auf das überraschende Ausscheiden von E-Plus-Chef Michael Kramer Mitte Januar dürften weitreichende Veränderungen folgen. Wie aus Aufsichtsratskreisen verlautet, wird E-Plus als erster deutscher Mobilfunkanbieter die gesamte Netztechnik ausgliedern. Entsprechende Beschlüsse hat der beim niederländischen Mutterkonzern KPN für E-Plus zuständige Manager Stan Miller abgezeichnet, sie sollen bereits in den nächsten Wochen umgesetzt werden. Von der Auslagerung der Techniksparte und der dazugehörigen Serviceabteilung sind mehrere hundert Arbeitsplätze betroffen. Über sie wird derzeit mit Betriebsräten verhandelt. Dagegen sind die Verträge mit dem künftigen Netzbetreiber von E-Plus nahezu perfekt, die Dienstleistung soll der Stuttgarter Konzern Alcatel SEL übernehmen. Mit der Reduktion der Geschäftsfelder steht offenbar auch der Sitz von E-Plus in Düsseldorf zur Disposition. Diskutiert werde ein Umzug nach Berlin, heißt es im Aufsichtsrat.



E-Plus-Sitz in Düsseldorf



THOMAS IMO / PHOTOTHEK

Samuelsson

AUTOMOBILINDUSTRIE

MAN-Chef soll gehen

Der VW-Konzern, der mit mehr als 15 Prozent am Lkw-Hersteller MAN beteiligt ist, will dessen Chef Håkan Samuelsson ablösen. Er gilt als Hindernis für den Plan von VW, das eigene lateinamerikanische Lastwagengeschäft mit MAN und dem schwedischen Wettbewerber Scania zu fusionieren. Der Vorstandsvorsitzende von MAN hatte versucht, Scania zu übernehmen, und damit einen heftigen Abwehrkampf provoziert. Auf der kommenden Hauptversammlung von MAN will VW zwei Vertreter in den Aufsichtsrat wählen lassen und dann für eine Ablösung Samuelssons sorgen. Damit sollen die Chancen für eine friedliche Fusion mit dem Scania-Konzern, an dem VW ebenfalls beteiligt ist, erhöht werden.

SUBVENTIONEN

Gefahr für die Jobs im Steinkohlenbergbau

Im subventionierten deutschen Steinkohlenbergbau könnte es in diesem Jahr erstmals zu Massenentlassungen kommen. Der Grund: Die Kosten der Deutschen Steinkohle AG (DSK), einer RAG-Tochter, überstiegen 2006 die bewilligten Subventionen um 163 Millionen Euro. Das sagte der Vorstandschef der DSK, Bernd Tönjes, am Dienstag vergangener Woche im Bundeswirtschaftsministerium. Wenn der Betrag nicht ausgeglichen werde, müsste laut Tönjes noch vor Jahresende ein Bergwerk geschlossen werden. Das hätte die Entlassung von bis zu 3000 Mitarbeitern

zur Folge. Laut eines internen Vermerks aus dem Bundesfinanzministerium müsste der Bund die Subventionen bis 2012 sogar um 2,5 Milliarden Euro aufstocken, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) ist sich mit Finanzminister Peer Steinbrück (SPD)

einig, dass es die zusätzlichen Mittel nur geben soll, falls die DSK ihre Bergbauaktivitäten bis 2018 komplett einstellt. Genau das aber bringt die SPD in die Bredouille: Die Partei fordert einen sogenannten Sockelbergbau, also die zeitlich unbegrenzte subventionierte Kohleförderung auf niedrigem Niveau.

Deshalb kam es bereits mehrfach zu einem Streit zwischen der neuen SPD-Chefin in Nordrhein Westfalen, Hannelore Kraft, und Steinbrück. Kraft warf dem Minister sogar vor, mit falschen Zahlen zu operieren, was dieser zurückwies.



FRANZ PETER TSCHAUNER / DPA

Bergarbeiter (in Hamm)